



Ulla Jelpke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 252

📠 (030) 227 – 76 751

✉ ulla.jelpke@bundestag.de

Pressemitteilung

Donnerstag, 9. November 2006

Die „Mitte“ kippt weiter nach Rechts

Studie zeigt Zusammenhang von Positionen der „Mitte“ und der extremen Rechten

Zur gestern vorgelegt Studie zu rechtsextremen Einstellungen und ihren Einflussfaktoren der Friedrich-Ebert-Stiftung erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

Die Studie kann niemand überraschen, dessen Engagement gegen Rechts in mehr besteht als der jährlichen Lektüre des Verfassungsschutzberichtes. In der Studie heißt es auf S. 157: „Wir haben festgestellt, dass der Begriff „Rechtsextremismus“ irreführend ist, weil er das Problem als ein Randphänomen beschreibt. Rechtsextremismus ist aber ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft. Das kann nicht ausdrücklich genug betont werden.“

Schon zu Beginn der 90er Jahre ist darauf hingewiesen worden, dass mit dem Feuer spielt, wer mit ausländerfeindlichen Parolen am rechten Rand fischt. Von Günther Beckstein bis Gerhard Schröder wurde und wird kräftig das Bild von „den“ Ausländern als „Kriminellen“ und „Sozialschmarotzern“ bedient. In den Debatten über das Bleiberecht für langjährig „geduldete“ Migrantinnen und Migranten wurden in den letzten Wochen alle Vorurteile noch einmal hoch gekocht. Landauf, landab reden Politiker davon, man müsse die Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme verhindern. Dann muss man sich nicht wundern, wenn fast 40% der Bundesbürger meinen, dass Ausländer nur nach Deutschland kämen, um den Sozialstaat auszunutzen.

Aber aus der so genannten Mitte werden rechtsextreme Einstellungen nicht nur bedient, sie werden nicht nur befördert, sie gehören zum Bestand der Meinungsführer in Deutschland. Anstatt auf Abgrenzung zu setzen, bewegt sich die Mitte immer weiter nach rechts. Diesem Trend, auch da haben die Autoren der Studie recht, ist nicht mit Verfassungsschutzberichten und Ordnungspolitik entgegenzuwirken.